

Migranten bleiben in der Schule auf der Strecke

13.01.2010 | 19:13 | Regina Pöll (Die Presse)

Einwanderer und Kinder von Ungebildeten steigen als Erste aus der Schule aus. Experten warnen vor früher Selektion. Rund 10.000 frühe Schulabgänger, die maximal einen Pflichtschulabschluss haben, gibt es in Österreich.

Wien. Im österreichischen Bildungssystem sind längst nicht alle gleich. Besonders schlechte Aussichten auf einen hohen Abschluss haben Kinder, die selbst eingewandert sind, deren Eltern Einwanderer sind oder deren Eltern höchstens einen Pflichtschulabschluss haben. Trifft eine dieser Voraussetzungen zu, dann ist die Wahrscheinlichkeit viel höher als bei allen anderen, dass sich Schüler umdrehen und der Schule adieu sagen – und zwar schon nach dem Pflichtschulabschluss, also nach dem positiven Abschluss der neunten Schulstufe. Wenn sie nicht schon davor aufgeben.

Rund 10.000 solcher früher Schulabgänger, die maximal einen Pflichtschulabschluss haben, gibt es in Österreich. 2007 waren es genau 10,9 Prozent der 18- bis 24-Jährigen, die nicht höher hinausgekommen sind, im Jahr 2004 waren es noch 8,7 Prozent. Das zeigt der nationale Bildungsbericht. Und besonders häufig traf es Migranten oder die Kinder von Migranten sowie von niedrig qualifizierten Eltern (siehe Grafiken). So haben zum Beispiel Kinder von Eltern, die höchstens einen Pflichtschulabschluss haben, ein fünfmal so hohes Risiko, früh aus dem Bildungssystem zu fliegen, wie Kinder von Eltern mit Matura oder Studium.

Diese Trends würden sich in den nächsten Jahren noch verstärken, und zwar sowohl in der Gruppe der Schüler mit Migrationshintergrund also auch jener, deren Eltern ungebildet sind. Davor warnten am Mittwoch mehrere Bildungsexperten. Anlass war eine Schulenquete von Arbeiterkammer, Armutskonferenz sowie der Initiative „bildungsgrenzenlos“ in Wien.

Abwärtsspirale erwartet

„Die Drop-out-Quote wird bei diesen Gruppen höher“, sagte im Gespräch mit der „Presse“ Mario Steiner, wissenschaftlicher Mitarbeiter am IHS (Institut für Höhere Studien). Bleibt das System so, wie es ist, werde die Entwicklung immer schneller vor sich gehen. Steiners Gegenrezept: Die Schüler sollten nicht schon nach der Volksschule getrennt werden, sondern erst später unter weiterführenden Schulen wählen. Denn für die frühe Selektion „fehlt das Argument“, so Steiner: „Man hat gesagt, man könne damit die Begabungen gut fördern, aber Studien belegen das nicht.“

Auch Forscher Günter Haider lehnt die „Bildungsschnittstelle“ zwischen Volks-, Hauptschule und AHS ab. Bei der Entscheidung, ob ein Kind ins Gymnasium oder in die Hauptschule geht, „spielt der Bildungshintergrund der Familie eine nachdrückliche Rolle“, so Haider. Nur acht bis neun Prozent der Kinder von Eltern, die maximal einen Pflichtschulabschluss haben, kommen ins Gymnasium. Bei den Kindern von Eltern mit Matura liegt der Anteil bei 38, bei den Kindern von Akademikern sogar bei fast 60 Prozent.

Für Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) kommen solche Daten und Argumente zur richtigen Zeit: Sie hofft, dass sich der Koalitionspartner ÖVP demnächst doch noch entschließt, den Schulversuch der „Neuen Mittelschule“ – also einer gemeinsamen Schule für alle zehn- bis 14-Jährigen mit individueller Förderung – an mehr als den bisher 244 Standorten zuzulassen. „Wir wissen, dass die Hauptursachen für einen frühen Schulabbruch in der falschen und zu frühen Entscheidung über den Bildungsweg liegen“, sagte Schmieds Sprecher Nikolaus Pelinka am Mittwoch der „Presse“. „Im Laufe der Jahre verstärkt das bestehende System die Ungerechtigkeit sogar noch, zum Beispiel für Migranten.“

Kampf um „Neue Mittelschule“

Statt an bundesweit maximal zehn Prozent sollen daher bald an 20 Prozent der Pflichtschulen „Neue Mittelschulen“ entstehen dürfen, wünscht sich die Ministerin. Doch die ÖVP lehnte eine neue Obergrenze bisher ab, weil der Schulversuch erst seit zwei Jahren läuft. Die „Neue Mittelschule“ müsse zunächst ausführlich geprüft werden– und zwar nach vier Jahren, wenn es die ersten Absolventen gibt. Nächste Woche steht dem Vernehmen nach eine weitere Absprache von ÖVP und SPÖ zur „Neuen Mittelschule“ auf dem Programm.

Vor einer „Armutsfalle“ wegen niedriger Bildung warnte am Mittwoch AK-Präsident Herbert Tumpel: „Alarmierend ist, dass vor allem Kinder von Eltern mit niedriger Qualifikation aus dem Bildungssystem fliegen“, sagte er. „Gegen diese Vererbung des Armutsrisikos durch schlechte Bildungschancen müssen wir etwas tun.“ Auch die Arbeiterkammer drängt auf eine Ausweitung der „Neuen Mittelschule“. Für Kinder von Arbeitslosen ist das Risiko, vor oder gleich nach dem Pflichtschulabschluss aus dem Bildungssystem zu fliegen, dreimal so hoch wie für Kinder von Erwerbstätigen.